

# **Weltrundschau : von Teheran nach Moskau ; Zäher Machtkampf ; Die Scharfmacher obenauf ; Die Folgen ; Auf gefährlichem Weg ; Einer Krise entgegen? ; Amerikanische Aktion ; Am Scheideweg ; Verantwortlichkeiten**

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **41 (1947)**

Heft 5

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-138967>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

nachhelfen; wenn wir um den Geist bitten? Das allerdings sollten wir bei jeder geistlichen Versammlung tun.

Diese Fragen wären nicht so brennend, wüßten wir nicht, daß die Deutschen — und das nun auch auf kirchlichem Gebiet — so fanatische Organisatoren sind, immer in Gefahr, ein Prinzip zu Tode zu reiten, wie ein grimmer Hengst im Streit, gerade das für ihre Stärke zu halten, was ihre Schwäche ist. Hier scheint die eigentliche Gefahr des Fanatismus zu liegen als ein Erbgut: die „Fanatici“ aber sind eben die „Schwärmer“, nach der Interpretation der Bekenntnisschriften. Asmußens Probleme sind nicht so geistlich, wie es aussieht — oder irren wir sehr? Vielleicht läßt er doch mit sich reden, wie er versprochen hat es zu tun und wie auch wir es tun wollen bei dem, was ihm am Herzen liegt und er uns zu sagen hat. Es könnte sich herausstellen, daß dies nicht wenig ist, denken wir allein an den Verweis auf einen gewissen durch Mißbrauch entleerten demokratischen Dünkel der observanten Demokratien, der auch bis in das kirchliche Leben hineinspielt. Gratias! *Burckard Michaëlis.*

## Weltrundschau

**Von Teheran nach Moskau** Das Weltbild der Berichtsperiode wird deutlich durch den Mißerfolg der *Moskauer Außenministerkonferenz* und die sich daraus ergebende erneute Zuspitzung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten bestimmt. *Daß* die Moskauer Konferenz ein Mißerfolg war, ist ja trotz allen Verwedelungsversuchen eine offen daliegende Tatsache; trotz einer gewissen Verständigung über eine Reihe zweit- und dritrangiger Streitpunkte ist zuletzt weder über die deutsche Frage noch über Oesterreich noch über einen Viermächtepakt zum Schutz gegen einen neuen deutschen Angriff, diese drei Hauptgegenstände der Beratungen, eine Einigung erzielt worden, so wenig wie die Neufassung des britisch-russischen Bündnisvertrages gelungen ist oder eine Vereinbarung über die künftige Ordnung in Ostasien getroffen werden konnte. Man hat sich in Moskau sogar eher noch weiter auseinandergeredet als zusammengefunden, und wo man nicht einen besonderen Grund hat, die wahre Sachlage zu beschönigen, gibt man denn auch das Scheitern der Konferenz ruhig zu. Strittig kann allein die Frage sein, wo der *Grund* für diesen Ausgang der Verhandlungen liege; denn die in Westeuropa und Amerika so beliebte Erklärung, mit den Russen sei nun eben einmal wegen ihres totalitären Kollektivismus und ihrer expansiv-aggressiven Machtpolitik grundsätzlich keine Verständigung möglich, stellt die Dinge allzu tendenziös-vereinfachend dar, als daß sie als ernsthafte Deutung der gegen-

wärtigen Lage angenommen werden könnte. Zu einem *wirklichen* Verständnis dieser Lage werden wir nur kommen, wenn wir die Moskauer Konferenz in den ganzen Zusammenhang der Beziehungen zwischen Rußland und den Westalliierten hineinstellen, wie sie sich seit den geheimen Kriegskonferenzen von Casablanca, Kairo, Jalta, Moskau und insbesondere Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943) entwickelt haben.

Die seither verfloßene Zeitspanne zerfällt — wie kürzlich Walter Lippmann, der bekannte amerikanische Journalist, in einem Vortrag vor der Amerikanischen Handelskammer zutreffend bemerkt hat — deutlich in drei Hauptabschnitte. Der erste Abschnitt, den man als *Roosevelt-Churchill-Stalin-Periode* bezeichnen könnte, schloß mit der Festlegung der militärischen Grenzlinie ab, vor der am Ende der Feindseligkeiten die britisch-amerikanischen und die russischen Streitkräfte Halt zu machen hätten. Diese Linie geht, wie man weiß, quer durch Europa von Stettin bis Triest, führt dann nördlich von Griechenland um die Türkei und Persien herum nach Asien hinein und verläuft auf dem 38. Breitengrad mitten durch Korea hindurch, während sie in China tatsächlich je nach den Erfolgen der „nationalen“ oder der „roten“ Armee hin und her schwankt.

**Zäher Machtkampf** Aus der so zunächst vorläufig gezogenen Militärgrenze wurde nun aber mehr und mehr eine dauernde *politische* Grenze zwischen der Sowjetzone und dem Herrschaftsgebiete der Westalliierten. Keines der beiden Lager suchte seinen Einflußbereich durch Waffengewalt zu erweitern; aber beide befestigten sich nach Kräften *innerhalb* ihrer Zonen und strebten darüber hinaus in die Machtosphäre der anderen Gruppe einzudringen. Das bildet den Inhalt der zweiten Periode, die man etwa, wiederum nach den Hauptpersonen des Dramas, *Byrnes-Bevin-Molotow-Periode* heißen könnte. Im Westen sehen die meisten Leute, unter dem Einfluß einer allgegenwärtigen Propaganda, diesen Zeitabschnitt im wesentlichen ausgefüllt durch eine planmäßige Macht- und Ausdehnungspolitik der Sowjetunion: Uebergreifen auf Nordpersien, Druck auf die Türkei (Meerengen!), Durchdringung des Balkans, Begehren nach einem Stützpunkt in Italienisch-Afrika, Unterstützung der chinesischen Kommunisten usw. Was man viel weniger bereitwillig sehen will, das ist der mindestens ebenso planmäßige Vorstoß der Westmächte in entgegengesetzter Richtung, jene Politik, die mit Hilfe sogenannter freier Wahlen die rußlandfreundlichen Regierungen in Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien zu erschüttern suchte, die neuen Grenzen Polens wieder stark nach Osten zurückschieben will, die Italien, Griechenland und die Türkei gegen die Sowjetunion und ihre Satelliten stärkt und scharfmacht, die den Krieg Tschiang Kai-Scheks gegen das „rote China“ großzügig finanzierte und militärisch

förderte, die ein Netz von Stützpunkten rings um die Sowjetunion herum anlegte und überhaupt alles tat und tut, um Rußlands welt-politische Stellung zu unterhöheln. Und wie die Russen die Länder der Ostzone, namentlich das östliche Deutschland, von dem aus sie auch den Westen zu gewinnen hoffen, ihrem politisch-wirtschaftlichen System einzugliedern streben, genau so suchen die Westmächte auf allerlei Arten, nötigenfalls durch ein Vereinigtes Westeuropa, mehr und mehr *ihre* Zone fest zu organisieren und dauernd ihrem Einfluß zu unterwerfen.

Wenn man aber bei den Westmächten voraussetzt, daß sie sich bei ihrer Ausdehnungs- und Durchdringungspolitik wesentlich von *Verteidigungs- und Sicherungsabsichten* leiten ließen und lassen, so muß man loyalerweise die gleichen Beweggründe auch den Russen zubilligen. Dies umfomehr, als die ganze innere Lage der Sowjetunion alle Angriffsabsichten auf unabsehbare Zeit hin völlig ausschließt und als seit der Preisgabe der Weltrevolutionsbestrebungen und der Wendung zur Politik des „Sozialismus in *einem* Lande“ hin die auswärtige Politik der Sowjetunion, mit wechselnden Methoden zwar, immer auf bloße Selbstbehauptung und Sicherung gegenüber dem westeuropäischen Kapitalismus und Imperialismus, nicht aber auf Angriff und Eroberung gerichtet war. Man mag die russische Machtpolitik als noch so falsch, die durch sie erstrebte Sicherheit als noch so trügerisch ansehen: daß diese Politik defensiv gemeint ist und nicht aggressiv, sollte eigentlich jedem unbefangenen Beobachter einleuchten, und im übrigen ist eben die Schutzgürtelstrategie, die Rußland betreibt, im Grunde den gleichen Erwägungen entsprungen, welche die Vereinigten Staaten zur Verkündung der Monroe-Doktrin („Keine europäische Einmischung in die Angelegenheiten des amerikanischen Kontinents!“) veranlaßten, die England in Belgien und Holland durch Jahrhunderte hindurch Vorwerke seiner eigenen Verteidigungsorganisation sehen ließen und in Frankreich bis auf den heutigen Tag die Forderung nach der Rheingrenze wachhielten.

Beide Teile, die Westmächte wie die Sowjetunion, suchten auf die angedeutete Weise ihre Einflußzonen durch Propaganda und Durchdringung, durch wirtschaftlichen Druck und politische Intervention zu erweitern. Aber das Schlußergebnis der ganzen Periode war trotzdem, daß die militärisch-politische Grenzlinie, die am Kriegsende bestand, unverändert weitergalt, zum mindesten in Europa und im Nahen Osten, im wesentlichen indessen auch in dem ewig aufgewühlten China, wo sich die Vereinigten Staaten schließlich genötigt sahen, ihr Eingreifen auf ein Maß zu beschränken, das zwar ausreichte, um Tschiang Kai-Schek die Behauptung seines Besitzstandes zu ermöglichen, aber nicht groß genug war, um ihn den Krieg gegen die „Roten“ gewinnen zu lassen.

## Die Scharfmacher obenauf

Dieser ganze Zustand machte freilich die Westalliierten und vor allem die Amerikaner in wachsendem Maße ungeduldig und gereizt. Das Gleichgewicht der Kräfte, das sich zwischen der Sowjetunion und dem Westblock herausgebildet hatte, verhinderte ja die Neugestaltung der Welt auf *den* Grundlagen, die Amerika, England und Frankreich schaffen wollten, und immer lauter und beweglicher ertönte deshalb die Klage, daß die Russen jeden Versuch zum Aufbau einer internationalen Friedensordnung böswillig sabotierten, wobei teils naiv, teils berechnend immer als selbstverständlich vorausgesetzt wurde, daß nur diejenige Gestalt der Dinge eine wahrhafte Friedensordnung sein könne, die den Wünschen und Interessen der Westmächte entspreche: die *pax anglofaxonica*, der angelfächische Frieden, der auf dem Boden der kapitalistisch-imperialistischen Ordnung erbaut werden sollte. So gewann in der *dritten Periode* der Beziehungen zwischen den beiden Mächtegruppen besonders in Amerika diejenige Strömung Oberwasser, die auf ein scharfes, von allen Rücksichten freies Draufgehen gegen Rußland hindrängte und den Bruch des Mächtegleichgewichts zugunsten der Westalliierten erstrebte. Durch einseitiges, jede Zimperlichkeit fahrlässiges Vorgehen sollte wenigstens in den Einflußzonen der Westalliierten die Neuordnung der Nachkriegswelt an die Hand genommen und mit allen zweckmäßigen Mitteln ein derartiger Druck auf Rußland ausgeübt werden, daß es dagegen keinen Widerstand wagen und womöglich sogar in seinem eigenen Machtbereich zurückgedrängt und geschwächt werden könne.

Diese Strömung erfuhr eine entscheidende Stärkung durch ein Ereignis, das man mit Recht als das wichtigste der ganzen bisherigen Nachkriegszeit bezeichnet hat: den Entschluß Englands, das durch den Krieg außerordentlich geschwächt und in seinem ganzen Reichbestand erschüttert worden war, seine Stellungen auf dem Balkan und in Vorderasien zu räumen. Das hieß, daß zum ersten Mal ein Einbruch in die gegen Kriegsende festgelegte und seitdem mühsam aufrechterhaltene Weltfrontlinie drohte, sofern Amerika nicht sofort in die Bresche sprang. Und Amerika *sprang* in die Bresche. Statt zu riskieren, daß die Sowjetunion durch die Meerengen in den Mittelmeerraum eindringe oder gar an die gewaltigen Oelfelder des Mittleren Ostens herankomme, welche die Vereinigten Staaten als *ibr* Reservat ansahen<sup>1)</sup>, übernahm es seinerseits die Aufgabe, Griechenland und

<sup>1)</sup> Der Sachverständige für Petrolfragen im amerikanischen Außenministerium, Charles Rayer, sagte letzthin in einer Rede in Mt. Vernon (Illinois): „Mit seinen Oelvorkommen, welche diejenigen der Vereinigten Staaten, soviel man weiß, übertreffen, und mit seiner rasch zunehmenden Petrolerzeugung kann der Mittlere Osten schließlich sehr wohl das Schwergewichtszentrum der Weltölproduktion werden. Es ist darum nicht schwer, abzuschätzen, wie wichtig unsere Beziehungen mit den verschiedenen Ländern und kleinen Fürstentümern werden können, aus denen jener Teil der Welt besteht.“

die Türkei wirtschaftlich ebenso wie militärisch zu stützen und gegen Rußland auszurichten. Der Sowjetunion war damit die Pistole auf die Brust gesetzt, im Sinn einer *Präventivaktion*, wie sie der Präsident der außenpolitischen Kommission des amerikanischen Abgeordnetenhauses, Charles Eaton, kürzlich so unzweideutig forderte:

„Die Vereinigten Staaten haben mit allen ihren Machtmitteln den Zusammenbruch der Türkei und Griechenlands zu verhindern. Tun sie das nicht, so werden wir Amerikaner früher oder später zwei Milliarden Menschen gegenüberstehen, die, durch die Philosophie des Kommunismus getrieben, die Vernichtung Amerikas anstreben werden... Wir stehen in Korea genau der gleichen Lage gegenüber wie in Griechenland und der Türkei. Korea ist durch die Russen und die Amerikaner nicht nur in zwei Teile geteilt. In Wahrheit haben die Kommunisten in Korea während der ganzen Zeit die höchsten Anstrengungen unternommen, ihre Ziele in der amerikanischen Zone zu verwirklichen. Bewußt der schweren Verantwortung meines Amtes und meiner öffentlichen Ansprache werfe ich die Frage auf: Wie können wir einen über kurz oder lang eintretenden ernsthaften Zusammenstoß mit der Sowjetunion vermeiden? Ich selbst weiß nicht, ob sich ein solcher Zusammenstoß überhaupt vermeiden läßt.“

Daß die Zahl derer, die einen russisch-amerikanischen Krieg tatsächlich für unvermeidbar halten, in den Vereinigten Staaten rasch wächst, dafür habe ich hier schon manchen Beleg angeführt. Neuerdings macht drüben viel von sich reden das Buch „Der Kampf um die Welt“ von Professor James Burnham, der einen bewaffneten Entscheidungskampf zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten für wahrscheinlich erklärt und im Blick darauf die umfassende Mobilisierung und konsequente Militarisierung nicht nur Amerikas, sondern auch aller übrigen nichtrussischen Länder (unter amerikanischer Führung) verlangt. Der Krieg gegen die Achse, so meint Burnham, sei ein Fehler gewesen, da er den Alliierten nur eine *noch* größere Gefahr, die bolschewistische, auf den Hals geladen habe; um ihr zu entgehen, müsse sich die ganze außer sowjetische Welt, nötigenfalls unter vorläufiger Opferung der bürgerlichen Freiheiten und mit schonungsloser Unterdrückung aller kommunistischen oder kommunistenfreundlichen Elemente, für einen letzten Entscheidungskampf vorbereiten, selbst wenn dieser Kampf die Zerstörung der westlichen Kultur bedeuten würde. Lieber tot als kommunistisch! — Daß man Burnhams Buch nicht leicht nehmen kann, geht schon daraus hervor, daß ein großer Auszug daraus in der Wochenschrift „Life“ erschienen ist, die 22 Millionen Leser hat. Und wenn auch die Gegenaktion der Liberalen und Antiimperialisten in den Vereinigten Staaten nicht zu unterschätzen ist, so haben diese Gegner der «Truman-Doktrin» eben doch schwer bergauf zu kämpfen. Gerade während ich dies schreibe, bekomme ich den Brief einer jetzt in Amerika lebenden deutschen Emigrantin, die von dem neuen Feldzug Henry Wallace's gegen Krieg und Kriegsgeschrei erzählt und etwas resigniert bemerkt:

„Aber was wird dieser Prediger und sein Gefolge gegen die schon ‚fest und treu‘ etablierte Militärregierung mit ihrem Machtapparat machen können? Es ist schon alles ‚tout comme chez nous‘ im Deutschland der Generäle, der Leutnants und Reserveoffiziere. Krieg ist das Lofungswort. Trotzdem — es ist nicht ganz daselbe. Und daher dürfen wir nicht erlahmen.“

**Die Folgen** Es braucht auf alle Fälle nicht viel Phantasie, um sich die Wirkung vorzustellen, welche die aktivistische Strömung in den Vereinigten Staaten auf *Rußland* haben muß. Die kommunistische These, daß ein endgültiger kriegerischer Zusammenstoß zwischen der kapitalistisch-imperialistischen und der sozialistisch-sowjetischen Welt wahrscheinlicher sei als eine Verhinderung, erfährt dadurch in den Augen der Russen eine neue Bekräftigung, trotz den beschwichtigenden Äußerungen, die insbesondere Stalin über die Möglichkeit eines friedlichen Nebeneinanderlebens von Kommunismus und Kapitalismus immer wieder von sich gibt, unlängst auch in einem Gespräch mit dem ehrgeizigen amerikanischen Politiker und möglichen Präsidentschaftskandidaten Staffen. Unter einem „Versuch der Westmächte, fast zwei Jahre lang unermüdlich die Hand der Russen zur Zusammenarbeit zu erfassen“, wie ihn Professor W. Röpke in der „Neuen Zürcher Zeitung“ behauptet, stellen wir uns jedenfalls etwas ziemlich anderes vor, als was seit Kriegsende von jener Seite aus *tatsächlich* erstrebt wurde, etwas anderes auch, als was jetzt Churchill und seine Mitarbeiter, teilweise in besten Treuen, mit ihrem Feldzug für die „Vereinigten Staaten Europas“ erstreben. Und darum besteht auch wenig Anlaß, den Russen besondere Vorwürfe zu machen, daß sie an der Moskauer Konferenz keine Eile gehabt hätten, auf die „Friedenspläne“ der Westmächte einzutreten. Sogar die „Neue Zürcher Zeitung“ muß zugeben:

„Es ist an sich erklärlich, daß dem Kreml im gegenwärtigen Augenblick nichts an einer endgültigen Gestaltung der Zukunft Europas und Ostasiens gelegen ist. Er befindet sich einer vor jeder Gefahr sich enger schließenden Front der Vereinigten Staaten und Großbritanniens gegenüber, in die sich auch Frankreich immer entschiedener einreicht. Als stärkster Partner dieser Gruppe stehen die Vereinigten Staaten in einer Periode größten Aufstieges ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und ihrer politischen Schlagkraft. Rußland selbst ist, nach seinem gewaltigen militärischen Erfolg, völlig erschöpft, und unfähig, den Wiederaufbau der durch die Deutschen verwüsteten Gebiete mit der gewünschten Raschheit durchzuführen. Es macht eine der schwersten industriellen Krisen und größten Hungersnöte seit dem Bestehen der kommunistischen Herrschaft durch. Durch seine Besetzungsmethoden ist das kommunistische System, selbst bei seinen potentiellen Anhängern, diskreditiert. In dieser ungünstigen Konstellation die Gestalt Europas und Ostasiens für die kommenden Jahre oder Jahrzehnte festlegen zu lassen, würde bedeuten, daß Moskau auf manche Frucht des Sieges über Deutschland, auf die es rechnet, verzichten müßte. So ist es an sich verständlich, daß es eine *Verfchiebung* jeglicher Verständigung erstrebt.“

*Hier*, in Rußlands Widerstreben, sich in eine „Friedensordnung“ eingliedern zu lassen, wie sie die Westalliierten gemäß *ihren* Macht-

interessen und unter Ausnützung der Schwäche der Sowjetunion durchdrücken wollen, hier liegt der wahre Grund für das Scheitern der Moskauer Konferenz wie der übrigen „Verständigungsbemühungen“ der Westmächte. Es hilft darum nichts, die bösen Folgen zu beklagen, die sich aus der neuen Entfremdung von Ost und West ergeben müssen: die Vermehrung des Weltchaos, die Schwächung der Vereinten Nationen, den Aufschub der Verträge mit Oesterreich und mit den ehemaligen Verbündeten Deutschlands. Die entscheidende Frage ist: Will man endlich den *Ursachen* auf den Leib rücken, die zu dem Auseinanderklaffen der östlichen und der westlichen Welt geführt haben, oder will man diese Ursachen weiterbestehen lassen und damit Gefahr laufen, daß es wirklich zu der neuen Katastrophe kommt, die man uns jetzt mit einer fast pervers anmutenden Lust am Unheilprophezeien täglich vor Augen stellt?

**Auf gefährlichem Weg** Bis zur Stunde ist kein ernstliches, eindeutig überzeugendes Zeichen dafür zu erkennen, daß die ehemals alliierten Mächte in ihren Nachkriegsbeziehungen neue Wege zu gehen bereit seien; hingegen liegen zahlreiche Anzeichen dafür vor, daß sie den falschen Weg, den sie seit Jahr und Tag verfolgen, und den namentlich die Weststaaten in der vorhin skizzierten dritten Periode ihrer Beziehungen zu Rußland eingeschlagen haben, mit verschärfter Folgerichtigkeit fortzusetzen entschlossen sind.

Was zunächst die *Russen* betrifft, so haben sie nicht gezögert, die Enttäufchung der Deutschen über die abermalige Verzögerung einer Lösung ihrer Lebensfragen für ihre Zwecke auszunützen. Die bessere Ernährungslage in der stark landwirtschaftlichen Ostzone, die von den Sowjetbehörden geförderte Wiederingangsetzung des kulturellen Lebens sowie die einheitlichere und planmäßigere Wirtschaftspolitik in den östlichen Gebieten Deutschlands erleichtern diese Tragik offenkundig, so daß Professor Röpke in seinem früher erwähnten Aufsatz klagt, die Entwicklung in den Westzonen habe „die Waage der deutschen Sympathien bereits bedenklich zu ihren (der Westalliierten) Ungunsten verschoben und zu einem Ergebnis geführt, das noch vor einem Jahr kaum denkbar erschienen wäre“. „Die jüngsten Wahlen in der Britischen Zone zeigen die Kommunisten in beachtlichem Vordringen. Der wachsende Verdruß der Deutschen mit allen Siegern macht sich in einem Drängen nach gesamtdeutscher Einheit um jeden Preis geltend und erleichtert damit das Spiel der Russen. Der noch vor zwei Jahren so starke Föderalismus ist heute in hohem Maße diskreditiert, und wie es in Wahrheit steht, zeigt die eine Tatsache, daß in Niedersachsen nunmehr die Kommunisten allein über mehr Sitze verfügen als die Niedersächsische Landespartei, d. h. die einzige Partei Norddeutschlands, die den Föderalismus auf ihre Fahne geschrieben hat.“



Kein Wunder, daß Herr Röpke die *Angelsachsen* und *Franzosen* beschwört, unverzüglich und ohne jede Rücksicht auf den früheren Verbündeten eine Neugestaltung der deutschen Verhältnisse in *ihren* Besetzungszonen vorzunehmen, „damit in Westdeutschland endlich ein Kern der politischen und wirtschaftlichen Ordnung, der Prosperität, Rechtsicherheit und Freiheit entstehe, um den sich schließlich ganz Deutschland sammeln wird, sobald die Russen dem Drängen der Ostdeutschen, mit diesem westlichen Kerngebiet wieder vereinigt zu werden, nachgeben“. Mit andern Worten: Organisierung West- und Süddeutschlands *auf dem Boden des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie* — das soll die Parole werden, welche die Westmächte auszugeben hätten und um die sich die Deutschen selbst scharen könnten, sobald sie von den Russen endgültig genug hätten. Daß sich die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten tatsächlich weithin mit dieser Forderung deckt, ist an dieser Stelle schon wiederholt dargelegt worden. Noch mehr: die amerikanische Außenpolitik, als deren Hauptinspirator in diesen Dingen John Foster Dulles gilt, erstrebt darüber hinaus die Organisierung eines kapitalistischen *West-europa*, mit dem westdeutsch-belgisch-lothringischen Industriedreieck als Zentrum und mit offener Spitze gegen die Sowjetunion, der ein wirtschaftlich, militärisch und politisch straff zusammengefaßter, von Amerika geleiteter westlicher Staatenbund entgegengestellt werden solle.

Ein kühner, in seiner Art großer, zahllose Menschen jedenfalls bestechender Gedanke, von dem es bis zu Burnham's rußlandfeindlichem Weltbund kein allzu großer Schritt mehr wäre! Aber eben auch ein gefährlicher, ja abenteuerlicher Gedanke! Ob er endgültig Gestalt gewinnen wird, ob sich ihm namentlich auch England und Frankreich anschließen werden, steht noch dahin. Die *sozialistischen* Kräfte Englands widerstreben ihm vorläufig noch ziemlich heftig; bei der engen militärischen und wirtschaftlichen Bindung Großbritanniens an das gegenwärtige amerikanische Regime ist aber durchaus damit zu rechnen, daß die konservativ-sowjetfeindlichen Kräfte, deren Fahmenträger Winston Churchill ist <sup>2)</sup>, früher oder später eben

<sup>2)</sup> Wie sehr Churchill immer mehr zum bloßen konservativen Parteiagitator herabsinkt, zeigt fast jede seiner Äußerungen über die Politik der Labourregierung. In einer jüngsten Rede in Schottland zum Beispiel scheute er sich nicht, zu behaupten: „Es ist ein Unglück sondergleichen, daß wir gleich nach unserem Siege, den wir uns durch Anstrengungen erkämpft haben, für die uns die ganze Welt Dank schuldet, nun geschwächt und geschlagen dastehen müssen — und dies nur, weil eine engstirnige und verknöcherte Regierung die Macht ergriffen hat, und, statt dem Lande zu helfen, sich nur um die Verwirklichung ihrer abstrakten Dogmen und sturen Theorien kümmert und sich nichts daraus macht, das Land in einen Zwiespalt zu stürzen, wie ich ihn noch nie gesehen habe... Alles, was Ministerpräsident Attlee und all die fektiererischen Parteileute, die sich seiner bedienen, fertiggebracht haben, das ist gewesen, Großbritannien herunterzubringen, und das — ich gebe es zu — haben sie erfolgreich fertigzubringen verstanden.“

doch die Oberhand gewinnen. Und dann muß sich zeigen, ob die waghafte Spekulation mit der „Westlösung“, die durch einen großzügigen *Finanzierungsplan* für Westeuropa, eine neue Art von Pacht- und Leihlieferungen für die Kunden und Lieferanten der Vereinigten Staaten, die nötige materielle Grundlage bekommen soll, gelingen wird oder nicht.

Vorerst hat man Grund zu *bezweifeln*, daß sie gelingt. Voraussetzung des ganzen Planes ist ja, daß er *schnell* und *energisch* ins Werk gesetzt wird. Ist das zu erwarten? Ist es bei den Widerständen gegen die immer weitergehende Engagierung der Vereinigten Staaten in Europa und Asien, die sich in der amerikanischen Bundesversammlung geltend machen (auch die nächstjährigen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen spielen da hinein), überhaupt möglich? Professor Röpke selbst scheint dessen nicht sicher zu sein; er befürchtet, daß, wenn die alliierten Außenminister im Herbst wieder zusammentreten,

„die wirtschaftliche, politische und geistige Lage in Deutschland noch schlimmer als im vergangenen Winter sein wird, daß die Deutschen die klare Besinnung verlieren und durch Betonung des Zentralismus und Sozialismus die Westmächte in ihrem Reformwillen lähmen werden; daß in dem Ringen um die Seele der Deutschen — an dem teilzunehmen die Westmächte, willig oder nicht, gezwungen werden — Kühnheit und Geschick den Russen reserviert bleiben, die an die Deutschen im doppelten Namen der nationalen Einheit und der sogenannten ‚sozialen Revolution‘ appellieren; daß die Kommunisten in Westdeutschland auf geraden und auf krummen Wegen ständig an Boden gewinnen, bis das, was heute den Westmächten noch möglich ist, schon in einigen Monaten unmöglich sein könnte.“

**Einer Krise entgegen?** Aber auch abgesehen von der Ungewißheit darüber, wie die Deutschen auf eine „Westlösung“ reagieren würden, enthält die ganze Rechnung vor allem *eine* große Unbekannte: das *Schicksal des westeuropäisch-amerikanischen Kapitalismus*. Gedeiht er noch ein paar weitere Jahre so wie seit Kriegsausbruch, dann hat er eine wirkliche Chance gegenüber der osteuropäischen Sowjetwirtschaft, die seit dem Krieg auf schwachen Füßen steht; wenn nicht, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß mindestens Mittel- und Westeuropa, eingeschlossen England, Frankreich und Italien, wenn nicht Amerika selbst wirtschaftlich zusammenbricht und von einer Mobilisierung der westlichen Welt gegen die Sowjetunion keine Rede mehr sein kann.

Diese Gefahr ist umso ernster, als die amerikanisch-russischen Beziehungen mehr und mehr einer *Krise* entgegenreiben, sofern die Dinge nicht bald eine gründlich andere Wendung nehmen. Und darauf besteht eben zurzeit nur geringe Aussicht; im Gegenteil, der verhängnisvolle Kurs der interalliierten Politik wird ja mit verstärkter Konsequenz weitergesteuert.

Vor allen Dingen hat nunmehr, nach längerem Zögern, die amerikanische Bundesversammlung dem Programm Truman-Marshall

für die sogenannte Hilfe an *Griechenland und die Türkei* mit großer Mehrheit doch zugestimmt, wenn schon es dabei niemandem recht wohl war. Begreiflich, denn die Vereinigten Staaten haben damit eine Bahn beschritten, von der man wohl sieht, wo sie anfängt, aber nicht, wo und wie sie enden wird. Nur ein einziges Zeugnis für die Tragweite der jüngsten Washingtoner Beschlüsse: ein paar Sätze aus einer neueren Ausgabe des „Research Institute Report“, eines 14tägig erscheinenden Informationsblattes für die amerikanische Großindustrie, das allem nach aus ersten Quellen schöpft. Es heißt darin in knappem, fachlichem Geschäftsstil u. a.:

„Die Vereinigten Staaten sind entschlossen, eine feste Haltung einzunehmen; wir werden der gegenwärtigen russischen Politik frontal entgegentreten. Entweder wird die Sowjetpolitik anders, oder die Vereinigten Staaten werden mit politischen und wirtschaftlichen Waffen zurückschlagen... Kein blutiger Krieg, aber kraftvolle Unterstützung nichtkommunistischer Elemente; wirtschaftliche Hilfe, politische Hilfe, einfach so ziemlich alles außer blutigem Krieg. *Wir spekulieren bewusst darauf, daß Rußland zu schwach für einen wirklichen Krieg ist, daß es keinen Krieg will, keinen führen könnte.* Die Stimmung ist, daß eine feste Politik, jetzt betrieben, nicht zu einem bewaffneten Zusammenstoß führen, sondern blutige Konflikte in Zukunft verhindern werde. — Sofortmaßnahmen: Amerikanische Flotteneinheiten werden ins Mittelmeer geschickt. Militär- und Industrietechniker nach Griechenland. Truppen vielleicht später. Inzwischen werden wir Griechenlands Armee und Wirtschaft ausbauen, vielleicht selbst übernehmen. Armeematerial wird sofort verschifft werden. Russischer Druck und englische Schwäche werden zu weiteren amerikanischen Aktionen im Mittleren Osten, in China, Korea, Frankreich, Italien und Deutschland führen. Das wird den Vereinigten Staaten Milliardenlasten aufladen. Es wird mehr begabte Techniker, Verwaltungsleute und Diplomaten erfordern, als Amerika jemals in Friedenszeiten ins Ausland entsandt hat.“

**Amerikanische Aktion** Das hier von einem Organ des Großkapitals umrissene Programm ist, wie man sieht, bereits in voller Ausführung begriffen. Schon zeichnen sich die Spuren der amerikanischen Aktion in der französischen und italienischen Politik deutlich ab. *Frankreich* hat, zu der amerikanischen Geld- und Getreidehilfe hinzu, von den Vereinigten Staaten beträchtlich erhöhte Kohlenlieferungen bewilligt erhalten. Die Verschmelzung seiner Besetzungszone in Deutschland mit der angelsächsischen Zone wird kaum mehr lange auf sich warten lassen. Die unkluge Selbstaussbootung der französischen Kommunisten aus der Regierung, im Zusammenhang mit dem Streik in den verstaatlichten Automobilwerken Renault, ist von den übrigen Koalitionsparteien sofort als endgültig, als *fait accompli*, angenommen worden, und wenn auch die Meldung der amerikanischen Nachrichtenagentur Associated Press, die Regierung in Washington bereite eine zusätzliche Hilfe für Frankreich vor, unter der Bedingung, daß es Ramadier gelinge, ein „kommunistenfreies“ Kabinett zu halten, und daß die Sozialisten des rechten Flügels bereit seien, die Anwendung der „Truman-Doktrin“ auf Frankreich zu unterstützen, in *dieser* Form

dementiert worden ist, so wird doch zugegeben, daß die Aussicht auf eine Anleihe von Seiten der Weltbank, die von den Vereinigten Staaten beherrscht wird, „Ramadier den Entschluß erleichterte, sich in einer wirtschaftspolitischen Frage von den Kommunisten als Regierungspartner zu trennen“. Henry Wallace aber schreibt in der „New Republic“, er habe in Paris den Eindruck bekommen, daß die Vereinigten Staaten Pläne für die Gewährung einer politischen Anleihe an Frankreich hätten, jedoch die Bedingung stellten, daß „dieses Land den Geist des Fortschritts aufgebe“. „Jeder Versuch, Amerikas gewaltige Wirtschaftsmacht dazu zu benützen, um Frankreich nach rechts abzudrängen und in einen sowjetfeindlichen Block hineinzu- manövrieren, wird aber zu Blutvergießen führen“.

Man wird kaum sehr fehlraten, wenn man ähnliche Hintergründe wie in Frankreich auch bei der gegenwärtigen *italienischen* Kabinettskrise vermutet. Der klerikale Herr de Gasperi, dem unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Amerika die verführte Wendung nach rechts nur unvollkommen gelungen war, schätzte diesmal die Aussichten auf eine Abstoßung der Kommunisten (und womöglich auch der Linkssozialisten) als besser ein. Und wenn ihm sein Plan auch zum zweiten Mal mißraten zu wollen scheint — an seiner Stelle soll nun irgend ein weniger bloßgestellter Politiker ungefähr mit den gleichen Parteien wie bisher weiterregieren —, so war doch die Bemerkung in seiner Radioansprache vom 13. Mai, es sei zu hoffen, „daß Italien Darlehen von der Internationalen Wiederaufbaubank erhalte, die aber nur gewährt würden, wenn die Finanz- und Wiederaufbaupläne *den ausländischen Gläubigern Vertrauen einflößen*“, deutlich genug, um erkennen zu lassen, wohin die Reise gehen soll und vielleicht bald auch tatsächlich gehen wird<sup>3)</sup>.

Wie rasch und wie umfassend sich der amerikanische Aktivismus *im Nahen und Mittleren Osten*, seinem vorläufigen Hauptbetätigungsfeld, auswirken wird, bleibt abzuwarten; eine gewisse Hemmung erwächst ihm dabei immerhin aus der judenfreundlichen Haltung Präsident Trumans, die sicher nicht *bloß* aus Wahrücksichten zu erklären ist, und die auch in die zunächst unterbrochenen Beratungen der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die *Palästinafragen* hineinspielt.

Ein Problem für sich bleibt *Indien*. Die plötzlich aufgetauchte Hoffnung, Hindus und Mohammedaner würden sich nun doch über die Schaffung eines mohammedanischen Eigenstaates („Pakistan“) einigen, ist rasch enttäuscht worden. Außer der Entschlossenheit Großbritanniens, Indien auf alle Fälle zu räumen, auch wenn dessen

<sup>3)</sup> Nach den neuesten Meldungen soll nun Herr de Gasperi selber die neue Regierung bilden, nachdem die Versuche mit Nitti und Orlando gescheitert sind. Das gäbe natürlich den „ausländischen Gläubigern“ die besten Garantien. (27. Mai.)

künftiges Schickfal noch völlig im Dunkeln liege, steht in Indien überhaupt noch nichts fest, so daß man sich auf alles gefaßt machen muß. Inzwischen kommt die bedeutsame Kunde aus Neu Delhi, daß die verfassunggebende Nationalversammlung beschlossen habe, die Kaste der „Unberührbaren“, 50 Millionen völlig ausgestoßene, sozial zutiefst stehende Menschen umfassend, abzuschaffen. Auch das wieder eine gewaltiges, revolutionäres Ereignis! Wann werden wohl die *amerikanischen* „Unberührbaren“, die 13 Millionen Neger in den Vereinigten Staaten, die Menschenrechte bekommen?

In *China* hat die Einschränkung der amerikanischen Unterstützung an Tschiang Kai-Schek rasch die erwartete Wirkung gehabt: mit dem Krieg gegen die „Kommunisten“ — das heißt gegen die verelendeten, rebellierenden Volksmassen der Nordprovinzen — geht es dem Ende zu. Die wirtschaftliche Not ist so grauenhaft und die finanzielle Zerrüttung so hoffnungslos, daß sich ein Waffenstillstand zwischen „Nationalen“ und „Roten“ förmlich aufdrängt. Aber geht das nicht doch wider Sinn und Zweck der neuen amerikanischen Aktion, auch wenn Außenminister Marshall selber zum Rückzug der Vereinigten Staaten aus China geraten hat? Und wird man nicht ein abermaliges, diesmal ganz offenes Eingreifen Amerikas in China (und Korea) im Stile der Hilfeleistung an Griechenland und die Türkei zu gewärtigen haben?

In *Japan* hat das amerikanische Besetzungsregime zunächst das gewollte Ergebnis gehabt: am 3. Mai ist die neue „demokratische“ Musterverfassung in Kraft getreten, und ein paar Tage vorher sind bei den Wahlen die Kommunisten schwer aufs Haupt geschlagen worden, während die konservativen Parteien — die sich Liberale und Demokraten heißen — sowohl im Oberhaus wie im Unterhaus eine überwältigende Mehrheit gewonnen haben. Etwas programmwidrig sind allerdings zur gleichen Zeit die Sozialisten die stärkste Einzelpartei im Reichstag geworden, so daß ihr Führer Katayama mit der Regierungsbildung beauftragt wurde. Das ist an sich gewiß bedeutsam. Aber wie William Costello der „New Republic“ aus Tokio berichtet, hat die Demokratie in Japan dennoch keinerlei reale Grundlage, weder in der Denkweise des Volkes noch in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, so daß tatsächlich die Diktatur der feudal-kapitalistischen Klasse ungebrochen weiterbesteht und die Bildung eines auch nur von ferne freien Volkswillens vorläufig gänzlich ausgeschlossen erscheint. Die herrschende Schicht hat denn auch gar keinen Grund, mit der amerikanischen Besetzung unzufrieden zu sein; im Gegenteil (so sagt Costello): „Die Diplomaten zögerten nicht, darauf hinzuweisen, daß Trumans Kreuzzug gegen die Kommunisten von Japan schon durch den Antikominternpakt im Jahre 1937 aufgenommen wurde. Befetzt oder nicht — sie betrachten sich jetzt tatsächlich als die Verbündeten

der Vereinigten Staaten". Und wirklich: Auch wenn die Alliierten — das heißt hier die Amerikaner — nach dem Wunsche General MacArthurs Japan räumten, so wäre Japan doch ein wichtiges Mitglied des neuen Antikominternbundes, der sich jetzt unter amerikanischer Führung in der Welt zu bilden beginnt. Das ist die bisher greifbarste Wirkung von bald zwei Jahren amerikanischer Aktion im Lande der aufgehenden Sonne.

**Am Scheideweg** Und all das, was wir um uns her sich begeben sehen, ist erst ein Anfang. Es ist damit zu rechnen, daß die Dinge auf der abschüssigen Bahn rasch weiter treiben; die Amerikaner besonders sind tatkräftige, „dynamische“ Leute und bleiben nie auf halbem Wege stehen. Wohin soll also ihr Draufgängertum führen? Ein Amerikaner selbst möge es uns sagen, Walter Lippmann, der kein Oppositionsmann ist, sondern stramm die Regierungspolitik unterstützt und die Sowjetunion mehr als kritisch ansieht, in seinem eingangs erwähnten Vortrag aber warnt:

„So wie sich jetzt die Dinge entwickeln, sind sowohl Moskau wie Washington in größter Gefahr, daß sie die Freiheit der Entscheidung über Krieg und Frieden verlieren... Die Vereinigten Staaten stehen tatsächlich allein, die Militärmacht der Sowjetunion ohne leistungsfähige Bundesgenossen in Schach haltend und überdies gezwungen, das Wirtschaftsleben Westeuropas und eines beträchtlichen Teiles der übrigen Welt aufrechtzuerhalten. Noch besteht ein gewisses Gleichgewicht. Aber wir können uns nicht mehr länger darauf verlassen. Denn wir können einen solch riesigen Teil der Welt nicht verteidigungsweise gegen die langsam wirkenden Druck- und Durchdringungsversuche der Sowjetunion behaupten. Wenn die gegenwärtige Lage noch lange genug fort dauert, werden wir Zwischenfällen ausgeliefert sein, die zum Krieg führen könnten. Der Umstand, daß der Versuch, uns in unseren Stellungen zu halten, so erschöpfend, so kostspielig und so gefahrvoll ist, wird die Spannung in unserem Land und in der Welt bis zu einem bedrohlichen Grade steigern. *Das wird dem Gedanken eines Kreuzzuges, eines Präventivkrieges rufen, welcher der Sorge und dem Unbehagen ein Ende machen soll.*“

Als ob dieser Gedanke weite Kreise des amerikanischen Volkes und auch der politischen wie besonders der militärischen Führungsschicht nicht schon längst erfaßt hätte!

Was soll und kann nun aber gegen die wachsende Kriegsgefahr praktisch vorgekehrt werden? Ich habe kein Rezept für Friedenssicherung in der Tasche. Aber die folgenden paar Richtpunkte für die Anbahnung einer dauerhaften *Zusammenarbeit zwischen Westmächten und Sowjetunion* kann man — wenn auch nur ganz stichwortmäßig — vielleicht doch aufstellen, ohne sich in Illusionen oder bloßen Wunschträumen zu verlieren:

1. Gegenseitiger Verzicht auf weitere Vorstöße in die heutigen, nun einmal eben bestehenden Einflußzonen beider Teile, eingeschlossen den Verzicht auf Zurückdrängung Polens hinter die Oder-Neiße-Linie.

2. Vernünftige Dezentralisierung eines im übrigen als politisch-

wirtschaftliche Einheit anzuerkennenden Deutschland, mit örtlicher Selbstverwaltung und Sozialisierung der wirtschaftlichen Schlüsselstellungen, alles unter alliierter Aufsicht, aber unter Zurückziehung der Hauptmacht der Besetzungstruppen.

3. Wiederaufbauhilfe für Rußland und Polen durch die Vereinten Nationen, unter Verzicht Rußlands auf weitere Reparationen.

4. Entwicklung der Wirtschaft und Hebung der Lebenshaltung der Völker des Balkans und des Nahen Ostens nach internationalem Plan <sup>4)</sup>).

5. Daselbe für China und eventuell andere asiatische Länder.

6. Weltplanwirtschaft für die Sicherung der Ernährung aller Völker der Erde.

In dem Maße, als an der Lösung solcher und ähnlicher Aufgaben das gegenseitige Vertrauen wächst:

7. Militärische Abrüstung, insbesondere Ausschaltung der Massenvernichtungswaffen <sup>5)</sup>, und planmäßige Entwicklung der Atomkraft für friedliche Zwecke.

**Verantwortlichkeiten** Die Menschheit kann sich eine Spaltung der Welt in zwei feindliche Lager auf die Länge einfach nicht mehr leisten. Besonders die kleinen und mittleren Nationen werden die Lasten einer militärischen und wirtschaftlichen Selbstbehauptung aus eigenen Kräften nicht auf unabsehbare Zeit tragen können; sie sind auf die Einigung der Großen und auf die Hilfe der Leistungsfähigsten unter diesen völlig angewiesen. Nun denke ich nicht einseitig genug, daß ich die Verantwortung für eine Einigung der Großen und für die Durchführung eines „Friedensplanes“ wie des soeben umrissenen einfach den Vereinigten Staaten überbunden wissen möchte. Auch die *Sowjetunion* trägt ihre große Verantwortung dafür, und niemand kann sie ihr abnehmen, am wenigsten diejenigen, die von der Sowjetunion als sozialistische Weltmacht auch eine sozialistische *Weltpolitik* verlangen. Eine Wendung der internationalen Lage kann durchaus auch von ihr

<sup>4)</sup> Für Griechenland hat die Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen einen entsprechenden Plan bereits ausgearbeitet, der Ende März dieses Jahres veröffentlicht wurde und eine Reihe ausgezeichnete Vorschläge enthält.

<sup>5)</sup> Aus Washington wird unter dem 7. Mai gemeldet: Wie im Marineministerium bekanntgegeben wird, sind die Vorarbeiten für die Herstellung eines neuen Raketengeschosses abgeschlossen worden. Dieses Geschoss kann eine Höhe von dreihundert Kilometern erreichen und eine Geschwindigkeit entwickeln, welche diejenige des Schalls (330 Meter in der Sekunde) übertrifft. Das neue Geschoss trägt den Namen „Neptun“ und ist nach dem Prinzip der deutschen V-Waffe hergestellt.

Andererseits hat Generalstabschef Eisenhower eine ständige Kommission von Fachleuten eingesetzt, die die Möglichkeiten und den Charakter des Zukunftskrieges planmäßig studieren und „vernünftige“ (!) Vorschläge für dessen Vorbereitung einreichen soll.

ausgehen, sofern sie, sich von Diktatur und Terror abwendend, die Kraft zu einer moralischen und politischen Revolution aufbringt, die rasch ein neues zwischenstaatliches Klima zu erzeugen vermöchte. Allein ich wiederhole, was ich schon manches Mal gesagt habe: Die weitaus größere Verantwortlichkeit liegt bei den angelsächsischen Reichen, bei *Großbritannien*, das durch seine Lage zwischen Rußland und Amerika (politisch-geistig wie geographisch gesprochen) für eine Vermittlungstätigkeit geradezu vorherbestimmt ist, und namentlich bei den *Vereinigten Staaten*. Dies letzte darum, weil Amerika aus dem zweiten Weltkrieg als die mächtigste und reichste, als die schlechthin führende Nation der Erde hervorgegangen ist, weil es mit seinem dynamischen Kapitalismus und Imperialismus den gefährlichsten Unruheherd in der Welt bildet, und weil es ihm als dem materiell überlegenen und politisch initiativeren Teil leichter fällt, Rußland von seiner Furcht vor einem kapitalistischen Krieg zu befreien, als es Rußland fällt, die Amerikaner von ihrer krankhaften Angst vor dem Bolschewismus zu befreien.

Wird sich Amerika dieser seiner Verantwortung bewußt werden und von seinem bedrohlichen Weg umkehren, bevor die Kanonen (und die Atombomben) „von selbst losgehen“? Freimütig gesagt: Ich glaube nicht daran, solange nicht seine *Wirtschaft*, und das heißt sein *Kapitalismus*, eine weitere *Katastrophe* erlebt hat. Wenn die wilde, beispiellos profitable Hochkonjunktur, in der die Vereinigten Staaten jetzt schwelgen, in ähnlicher Weise zusammenbrechen wird wie die Hochkonjunktur der Zwanzigerjahre, dann mag auch wiederum, und in noch ausgeprägterem Maße als damals, so etwas wie eine revolutionäre Lage entstehen, die dann auch entsprechend radikalere Maßnahmen möglich macht, als sie seinerzeit Roosevelt ergriffen hat.

Die Möglichkeit besteht allerdings, daß ein wirtschaftlicher Zusammenbruch in den Vereinigten Staaten (und darüber hinaus!) auch *scharfmacherisch-reaktionäre Kräfte* bösester Art wachruft, ja dem amerikanischen Kapitalismus nach berühmten Mustern die Versuchung nahelegt, sich aus der Krise in den *Krieg* zu flüchten. Wie rücksichtslos die amerikanische Kapitalistenklasse ihre Profit- und Machtinteressen durchzusetzen entschlossen ist, das ersieht man ja aus der ganzen innerpolitischen und sozialen Entwicklung seit Kriegsende; gerade jetzt ist der Kampf um die *Revision der Sozialgesetzgebung*, der längst erwartet werden mußte, im Gang, jener Kampf, der, wenn er nach den Wünschen der Rechten ausfiele, die amerikanische Gewerkschaftsbewegung wieder in die verhältnismäßige Ohnmacht zurückwerfen würde, in der sie sich bis vor etwa zehn, fünfzehn Jahren befand.

Allein es wird eben ganz von der Wachsamkeit und Entschlossenheit der fortschrittlichen Kräfte abhängen, welche der beiden Mög-



lichkeiten, die ein erneutes Versagen des Kapitalismus bietet, dann zur Wirklichkeit werden wird. Wir unferseits können nur wünschen und hoffen, daß das *andere* Amerika, das eine Wirklichkeit ist und an das ich trotz allem glaube, durchbrechen werde, bevor die Welt dem Niagara entgentreibt — und in unserem eigenen Lande diejenigen Kräfte stärken, die durch wirtschaftlich-soziale Grundreformen und tätige, konsequente Bekundung internationaler Solidarität an einer neuen Ordnung des menschlichen Gemeinschaftslebens mitzubauen trachten.

Hugo Kramer.

21. Mai.

## Schweizerische Rundschau

**Keine Wirtschaftsreform . . .** Während in der Welt draußen Umwälzungen von säkularer Bedeutung vor sich gehen und Entscheidungen heranreifen, die — im wörtlichen Sinne — das Antlitz der Erde völlig verändern können, bietet die Schweiz, wie gewohnt, das idyllische Bild einer unbewegt dahindämmernden, blühenden Insel der Seligen. Dieser Eindruck drängt sich bei der Rückschau auf die diesmalige Berichtszeit besonders stark auf. Im Vordergrund steht ja in den Tagen, da dieser Rückblick vorbereitet und geschrieben wird, immer noch die Volksabstimmung vom 18. Mai, in der mit über Zweidrittelsmehrheit, bei allerdings schwacher Beteiligung, die Initiative für *Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit* verworfen wurde; der annehmenden Stimmen waren nicht einmal ganz so viel, wie die Sozialdemokratische Partei für sich allein bei den letzten Nationalratswahlen auf ihren Listen vereinigt hatte. Ein wesentlich besseres Ergebnis hat unter uns auch kaum jemand erwartet; die fortdauernde Hochkonjunktur ließ dem Durchschnittsbürger die Reform einer Wirtschaftsordnung, die so glänzende Ergebnisse zeitigt, wirklich nicht als das Dringendste, ja sogar als gänzlich unerwünscht erscheinen, und die weitverbreitete Abneigung gegen obrigkeitliche Kontrollen und bürokratische Reglementierung — eine Abneigung, die wir von Herzen teilen — gab einen äußerst fruchtbaren Nährboden ab für die demagogische Lösung vom Untergang der Schweizerfreiheit, den die Verwirklichung der Initiative nach sich ziehen müsse<sup>1)</sup>. Und doch *ist* eine gründliche Reform unserer Wirtschaftsordnung, die eben keine wahre Ordnung, sondern nur eine verschleierte, aber desto fürchterliche Unordnung ist, etwas vom Allernötigsten und Dringlichsten, was es im gesellschaftlichen Bereich überhaupt gibt. Gerade am Tag vor der Ab-

<sup>1)</sup> Im freifinnigen „St. Galler Tagblatt“ und in der katholisch-konservativen „Ostschweiz“ ist ein Abstimmungsinferat erschienen, das nichts Geringeres behauptete als: Die Annahme der Initiative würde bedeuten „das Ende des Föderalismus; das Ende der Handels- und Gewerbefreiheit; das Ende der persönlichen Initiative;